

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1889
des Abgeordneten Michael Claus
Fraktion der DVU
Landtagsdrucksache 4/4825

Serverausfall

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 1889 vom 05.07.2007:

Mehreren Verlautbarungen der Presse und einer Information der Staatskanzlei war zu entnehmen, dass über einen längeren Zeitraum der E-Mail-Verkehr der Landesregierung, angeschlossener Ministerien, Behörden und Verwaltungen gestört war. Hauptsächlich hat die Störung Behördenbereiche betroffen, die mit Microsoft arbeiten.

1. Welche konkreten Ursachen führten zu dem Ausfall des Servers?
2. Gibt es für wichtige und sensible Bereiche der betroffenen Ministerien und Behörden Reserveserver, die parallel arbeiten können?
3. Kann die Landesregierung ausschließen, dass der Serverausfall durch einen Virus verursacht wurde?
4. Welche konkreten Maßnahmen gedenkt die Landesregierung zu ergreifen, um derartige Ausfälle in Zukunft zu vermeiden?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Welche konkreten Ursachen führten zu dem Ausfall des Servers?

zu Frage 1:

An der Ermittlung der konkreten Ursachen wird derzeit noch gearbeitet, da sich ein Komplex von mehreren Ursachen bzw. Auslöser abzeichnet. Dazu arbeitet der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und IT-Serviceaufgaben (LDS) eng mit seinen Supportpartnern, dem Unternehmen Microsoft und den betroffenen Einrichtungen zusammen.

Frage 2:

Gibt es für wichtige und sensible Bereiche der betroffenen Ministerien und Behörden Reserveserver, die parallel arbeiten können?

zu Frage 2:

In den betroffenen Einrichtungen gibt es Reserveserver, allerdings waren auch diese durch den Störfall betroffen.

Frage 3:

Kann die Landesregierung ausschließen, dass der Serverausfall durch einen Virus verursacht wurde?

zu Frage 3:

Nach derzeitigem Stand der Ursachenforschung gibt es keine Hinweise auf einen Virenbefall.

Frage 4:

Welche konkreten Maßnahmen gedenkt die Landesregierung zu ergreifen, um derartige Ausfälle in Zukunft zu vermeiden?

zu Frage 4:

Auf Grundlage der bisherigen Ermittlungen ist ein vorläufiger Maßnahmenkatalog an alle betroffenen Behörden und Einrichtungen versandt worden.